

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

№. 350 Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mitw. Abonnementpreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 3 L. 5.—, wöchentlich 3 L. 1.25; Ausland: monatlich 3 L. 8.—, jährlich 3 L. 96.— Einzelnummer 20 Groschen. Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Bettrikauer 109
Telephon 136-90. Postfachkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden der Schriftleiter täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebenzeilige Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreizehnlängere Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.—. Platz; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

8. Jahrg.

Um die Freilassung der Abgeordneten.

Der Abg. Puzat mit der Referierung des Antrages betraut.
Die Freilassung der Abgeordneten bevorstehend?

Gestern fand eine weitere Sitzung der Reglements-Kommission des Sejms statt. Zunächst mußte ein neuer Vorsitzender der Kommission gewählt werden, da der Abg. Car das Amt des Vorsitzenden niedergelegt hat. (Der Herr Justizminister hat sich fürwahr nicht allzu sehr anstrengt, denn kaum in zwei Sitzungen hat er den Vorsitz geführt.) An Stelle Cars wurde der Abg. Podojski vom BB-Klub „gewählt“.

Darauf gelangte der Antrag der PPS zur Behandlung, worin die Freilassung der noch in Haft befindlichen gewählten Abgeordneten verlangt wird. Zur allgemeinen Überraschung erklärten sich die BB-Abgeordneten damit einverstanden, daß das Referat über diesen Antrag dem Abg. Puzat (PPS.) übergeben wird. Der Vorsitzende der Kommission versprach, sich in kürzester Zeit mit dem Justizminister ins Einvernehmen zu setzen, um das in dieser Angelegenheit erforderliche Material zu erhalten.

Eine sehr lebhafteste Debatte entspann sich bei Behandlung einer vom Abg. Zulawski (PPS.) eingelegten Verurteilung gegen die vom Sejmarschall in der letzten Sejm-Sitzung getroffenen Entscheidung, auf Grund welcher dem Abg. Zulawski ein Ordnungsruf mit Eintragung in das Protokoll erteilt wurde. Während der volle zwei Stunden dauernden Debatte traten die zwischen der Regierungspartei und den anderen Sejmparteien bestehenden grundsätzlichen und den anderen Sejmparteien bestehenden grundsätzlichen Begriffe über Parlamentarismus klar zutage. Besonders heiß umstritten wurden die Artikel 61 und 67 des Sejmsreglements. Der vom Abg. Zulawski vertretene Standpunkt wurde von den Vertretern aller Oppositionsparteien geteilt. Da der Regierungsbund aber die Mehrheit besitzt, wurde die Verurteilung des Abg. Zulawski abgelehnt.

Die Tatsache, daß die BB-Abgeordneten in der Reglements-Kommission der Uebergabe des Referats über der

Antrag betreffs Befreiung der in Haft befindlichen Abgeordneten an den Abg. Puzat zugestimmt haben, hat in Sejmkreisen allgemein überrascht. Doch glaubt man, daß es der BB-Klub mit diesem Schritt nicht ehrlich gemeint hat. Man ist vielmehr der Meinung, daß es sich hierbei lediglich um ein leeres Manöver der BB. handle. In Sejmkreisen glaubt man, verschiedene Anzeichen dafür vorzufinden, daß die in Haft befindlichen Abgeordneten schon in den nächsten Tagen befreit würden, so daß der Abg. Puzat eigentlich gar nicht mehr dazu kommen dürfte, sein Referat, das allerdings wenig Schmeichelhaftes für die Regierung und ihre Trabanten enthalten würde, zu halten.

Polnische Forderungen an Danzig.

Die Danziger Regierung lehnt ab.

Danzig, 19. Dezember. Die Danziger Regierung hat am Freitag in einer über 100 Seiten umfassenden Note an den Danziger Völkerbundkommissar Graj Grafina auf den polnischen Antrag vom 30. September geantwortet, in dem die polnische Regierung den Völkerbundkommissar um eine Entscheidung über die angebliche ungerechte Behandlung der Danziger Staatsangehörigen polnischer Nationalität und um die Gleichstellung der polnischen Staatsbürger mit Danziger Staatsangehörigen ersuchte. In der Danziger Antwortnote wird der Völkerbundkommissar gebeten, sämtliche polnischen Anträge als unbegründet und ungerechtfertigt zu verwerfen. Insbesondere werden die polnischen Forderungen auf Errichtung öffentlicher polnischer Schulen, Gymnasien und Fachschulen, polnischer Schulinspektorate und besonderer polnischer Schulkommissionen abgelehnt.

Polen fordert u. a. weiter, daß alle polnischen Schulzeugnisse usw. in Danzig rückhaltlos anerkannt und den Danziger Zeugnissen gleichgestellt werden sollen, ferner, daß jeder polnische Bürger mündlich und schriftlich in polnischer Sprache verkehren kann und die Danziger Behörden verpflichtet sein sollen, ihm in polnischer Sprache zu antworten. Auch fordere die polnische Note, daß Danzig die Verleihung der Danziger Staatsangehörigkeit an einen Polen nur im Einvernehmen mit der polnischen Regierung vornehmen dürfe. Weiter sollte jeder polnische Staatsangehörige und jede polnische Regierung die Freiheit haben, so viel Grundstücke in Danzig zu erwerben, wie sie wollen. Bezüglich der Wohnungswirtschaft verlangte Polen Gleichbehandlung der polnischen Staatsangehörigen mit Danzigern. Polnischen kulturellen und Bildungsanstalten sollten Wohnräume bevorzugt zugewiesen werden. Dadurch würde also ein Zustand eintreten, daß bei der unzureichenden Danziger Wohnungsnot die Danziger Wohnberechtigten keine Wohnung erhalten würden, weil polnische kulturelle Vereine zu bevorzugten wären. Schließlich verlangte Polen noch, daß alle Polen auf Danziger Gebiet von jeder Auslandskontrolle befreit sein sollen. Wie oben gesagt, hat Danzig diese Forderungen Polens als unbegründet und ungerechtfertigt abgewiesen.

Neue deutsche Protestnote gegen Polen.

Wegen der Benachteiligung der deutschen Minderheit in Polen und Pommerellen bei den Wahlen.

Berlin, 19. Dezember. Die Reichsregierung hat heute vormittag durch den deutschen Generalkonsul dem gegenwärtig führenden Generalsekretär des Völkerbundes Marquis Paulucci eine neue deutsche Protestnote gegen Polen überreicht. Die Note richtet sich gegen die Verletzungen der Rechte der deutschen Minderheit in Pommerellen und Polen, anlässlich der letzten Sejmwahlen. Die Note besteht, ähnlich wie die deutsche Oberschlesiennote, aus einer kurzen Einleitung, in der Curtius den Generalsekretär des Völkerbundes ersucht, im Hinblick auf die schwerwiegende Bedeutung der vorliegenden Fälle die deutsche Beschwerde note unverzüglich auf die Tagesordnung der Januartagung des Völkerbundrates zu setzen. Sodann gibt die Note zahlreiche Einzelsfälle wieder, aus denen die Einschränkung, Beeinflussung und Behandlung der Wahlrechte der deutschen Minderheiten in Polen und Pommerellen hervorgeht. Die deutsche Beschwerde ist auf dem Art. 7 des zwischen der Entente und Polen 1922 abgeschlossenen allgemeinen Minderheitenschutzvertrages aufgebaut und verlangt in präziser Form Wiederherstellung der durch den Minderheitenschutzvertrag gewährleisteten Rechte der deutschen Minderheit in Polen.

Genf, 19. Dezember. Die 3. dem Generalsekretär des Völkerbundes überreichte Protestnote der deutschen Re-

gierung gegen Polen, die die Vorfälle im Korridor und in Polen behandelt, ist vom stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes in gleicher Weise wie die beiden ersten Noten auf die Tagesordnung der Januartagung des Völkerbundes gesetzt worden und wird nach der Ackerlegung sämtlichen Mitgliederregierungen des Völkerbundrates übermittelt werden. Die Veröffentlichung der 3. deutschen Note erfolgt im Völkerbundsekretariat am Montag.

Schwerer Vulkanausbruch.

15 Personen von der glühenden Lava eingeschlossen und umgelommen.

London, 19. Dezember. Wie aus Batavia gemeldet wird, fand am Freitag früh ein schwerer Ausbruch des Vulkans Merapi statt. Nachdem schon längere Zeit ein unterirdisches Rollen zu hören war, ergoß sich plötzlich ein gewaltiger Lavaström von etwa 10—30 Meter Breite über den Kraterand in die benachbarten Täler. Die Bevölkerung flüchtete panikartig aus der Umgebung des Vulkans. Bisher konnte festgestellt werden, daß 15 Personen die auf dem Felde arbeiteten, so schnell vom glühenden Strom eingeschlossen wurden, daß sie nicht mehr gerettet werden konnten. Die Umgebung des Merapi ist in einem Ausmaß von einem Meilen Umkreis bedroht.

der großen Schaden angerichtet hat. Das unterirdische Rollen nimmt ständig zu.

Weitere 90 Menschen in der Lava umgelommen?

Amsterdam, 19. Dezember. Wie aus Batavia gemeldet wird, hat ein erneuter Ausbruch des Vulkans Merapi am Freitag nachmittag große Landstrecken vernichtet. Man befürchtet, daß 90 Menschen von der Lava eingeschlossen und getötet sind.

Sicher ist sicher.

Unter diesem Titel weiß der Lodzer „Rozwoj“ zu berichten, daß den Marschall Pilsudski außer seinem Leibarzt noch zweiundvierzig (42) der fähigsten Geheimagenten auf seiner Reise nach Madeira begleiten, um ihm die entsprechende Sicherheit zu gewährleisten. Marschall Pilsudski soll erst Ende Januar n. J. von Madeira zurückkehren.

Die Minderheiten sollen kaltgestellt werden

Der Vorstoß des Generalsekretärs des Völkerbundes in der Frage der Revision des Minderheitenverfahrens. — Man will Deutschlands Einfluß ausschalten.

Genf, 19. Dezember. Die vom Generalsekretär des Völkerbundes zur Behandlung auf der Januartagung eingereichte Denkschrift zum Minderheitenverfahren hat in Genf deutschen Kreisen größtes Versehen erregt. Dieser unerwartete Vorstoß hat nach hiesiger Beurteilung den Zweck, die Rechte des deutschen Ratsmitgliedes als Präsidenten der kommenden Ratsitzung einzuschränken. Diese von der Minderheitsabteilung des Völkerbundessekretariats ausgearbeitete Denkschrift, die auf polnischen Einfluß zurückgeführt wird, zieht eine ältere Ratsentscheidung von 1925 heran, die dem Präsidenten des Rates und den Ratsmitgliedern die Teilnahme an den Dreierausschüssen für die Minderheitsfragen im Falle eines direkten oder indirekten Interesses an der zur Verhandlung stehenden Frage verbietet. Sie sucht diese Ratsentscheidung auf die Befugnisse des Ratspräsidenten zur Ernennung eines bedeutsamen Sonderausschusses für die Minderheitsfrage auszudehnen, obwohl in der Ratsentscheidung von 1925 keinerlei Anhaltspunkte für eine derartige Auslegung gegeben sind. Die Denkschrift verfolgt klar und eindeutig das vom Völkerbundessekretariat seit Jahren verfolgte Ziel, das Minderheitenverfahren der Dreierausschüsse des Völkerbundes jeder Kontrolle der Öffentlichkeit zu entziehen, den Einfluß der an den Minderheitsfragen interessierten Ratsmitglieder möglichst auszuschalten und dem Verfahren jede praktische Bedeutung zu nehmen. Die jetzt während der Abwesenheit fast sämtlicher deutschen Völkerbundesbeamten eingereichte Minderheitsdenkschrift wirkt umso befremdlicher, als darin die grundsätzlichen Vorbehalte und Forderungen der deutschen Regierung, die in der Denkschrift der deutschen Regierung auf der Madrider Ratsitzung dem Rat vorlagen und dann von Dr. Stresemann mit großem

Nachdruck vertreten wurden, übergegangen werden. Die Denkschrift steht weiter im schärfsten Gegensatz zu der bisher auf deutscher Seite eingenommenen Haltung zur Frage der Revision des Minderheitenverfahrens des Völkerbundes, die ausdrücklich gegen die Einschränkung der Rechte der Ratsmitglieder zur Teilnahme an den Minderheitsausschüssen des Rates Protest erheben. Man erwartet daher hier, daß die deutsche Regierung im Januar diesem neuen Versuch, in der Minderheitsfrage die Rechte des Ratspräsidenten einzuschränken, entgegenzutreten wird.

Berlin, 19. Dezember. Beide Beschwerden, sowohl die Oberschlesien- wie die Pommerellen-Beschwerden, werden in der Januartagung des Rates in Genf zur Sprache kommen. Es hat jedoch den Anschein, daß man von verschiedenen Seiten in Genf das Minderheitenverfahren erneut zu sabotieren versucht. Wie man hört, hat sich jetzt Südbanien zum Vorführer dieser Aktion gemacht. Dem Rat wird im Januar ein südbanischer Antrag vorliegen, wonach in Auslegung der Ratsentscheidung vom Juni 1925 dem Ratspräsidenten das Recht zur Bildung auch des üblichen besonderen Ratsausschusses genommen werden soll, der den Protest einer Macht gegen die Zulässigkeitserklärung einer Minderheitsbeschwerde durch den Generalsekretär zu behandeln hat, wenn dieser Ratspräsident an der vorliegenden Beschwerde interessiert sei. Da im Januar Reichsaussenminister Dr. Curtius Ratspräsident sein wird, dürfte unter Umständen dieser südbanische Vorstoß Bedeutung gewinnen. Dies würde jedoch eine der Gelegenheiten für die deutsche Ratsabordnung sein, das immer noch ungelöste Minderheitsverfahren insgesamt in seiner grundsätzlichen Bedeutung neu aufzurollen.

Die Antwort Prof. Krzyzhanowski.

„Die Schuldigen müßten bestraft werden.“

Abg. Prof. Krzyzhanowski, der bekanntlich von den Professoren der Krakauer Universität in einem offenen Briefe aufgefordert wurde, zu der Breslauer Angelegenheit Stellung zu nehmen, hat gestern durch ein Schreiben an die Professoren geantwortet. Prof. Krzyzhanowski weist eingangs darauf hin, daß er den offenen Brief vom 10. Dezember erst jetzt beantwortet, weil er abwarten wollte, welche Stellungnahme der Sejm zu der Interpellation der PPS. einnehmen wird. Einige Tage nach Empfang des offenen Briefes habe er auch aus den Zeitungen über die heftigsten Anklagen gegen die Breslauer Gefängnisbehörden erfahren. Er habe daraufhin sofort Schritte unternommen, die ihm das Gewissen vorgegeschrieben habe, und werde dies auch weiterhin tun. Prof. Krzyzhanowski erklärt weiter, er teile vollkommen die Ansicht seiner Kollegen, daß mit dem Moment, wo konkrete Anklagen erhoben werden, sofort eine energische Untersuchung durchgeführt werden müsse. Sollten sich die erhobenen Anklagen bestätigen, dann müßten die Schuldigen entsprechend bestraft werden.

Das Mandat des Geistlichen Jaworski.

Wie ukrainische Zeitungen melden, hat der Vatikan auf die Beschwerde des ukrainischen Abgeordneten, Pfarrer Josef Jaworski gegen die Entscheidung des griechisch-katholischen Episkopats, durch die den Geistlichen verboten wird, zum Sejm und zum Senat zu kandidieren, eine abschlägige Antwort erteilt. Der Geistliche Jaworski wurde zum Sejm-Abgeordneten auf der Liste Nr. 1 (Regierungsbündel) gewählt. Nachdem nun die Beschwerde des erwähnten Geistlichen abgelehnt worden ist, rechnen die ukrainischen Zeitungen damit, daß er auf das Mandat verzichten werde.

Zum Tode Ulrich Rauschers.

Warschau, 19. Dezember. Das maßgebendste Regierungsblatt „Gazeta Polska“ hebt in seinem Nachruf für den verstorbenen deutschen Gesandten in Warschau, Rauscher, dessen Objektivität und Sachkenntnis hervor, die ihn dazu befähigt hätten, viel zur Milderung der deutsch-polnischen Beziehungen beizutragen. Mehr als irgendein anderer, sagt das Blatt, sei sich Rauscher darüber klar gewesen, daß ein normales Zusammenleben zwischen Deutschland und Polen nicht nur im Interesse seines Vaterlandes, sondern im Interesse des Friedens und der Zivilisation liege. Er glaube daran, daß beide Länder früher oder später zu einem modus vivendi gelangen müßten.

Berlin, 19. Dezember. Der Gesandte Ulrich Rauscher wird am Sonnabend nachmittag in St. Blasien beigesetzt werden. Für die Reichsregierung nimmt an der Beerdigung Staatssekretär von Bülow teil. Vom Auswärtigen Amt beteiligen sich ferner noch Ministerialdirektor Dr. Beschlin, der Leiter der Presseabteilung, Ministerialdirektor Trautmann und Ministerialdirigent Effenlohr an der Beerdigung.

Polnisches Schulwesen in Rumänien.

Das Warschauer Regierungsblatt „Messager Polonais“ berichtet über eine Intervention des Vorstehenden des polnischen Schulverbandes in Czernowitzy Szymanowicz bei dem Unterrichtsminister in Bukarest wegen Eröffnung von mindestens acht polnischen Schulen in der Bukowina und einer polnischen Schule in Transilvanien. Der Unterrichtsminister bestimmte — nach demselben Bericht des „Messager Polonais“ — die sofortige Eröffnung der beantragten polnischen Schulen, von denen ein Teil Staatschulen mit polnischer Unterrichtssprache und der andere Teil private polnische Schulen sein sollen. Außerdem bestimmte der Minister, daß von dem Schuljahr 1930/31 an die polnische Sprache als obligatorisches Fach für alle Schüler in sechs Staatschulen gelehrt werden soll.

Deutsches Schulwesen in Rumänien.

Das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt“ befaßt sich mit Bedrohung der Auflösung des Czernowitzyer deutschen Staatsgymnasiums, wobei es hinweist: Die Auflösung des Czernowitzyer deutschen Staatsgymnasiums würde nicht nur das Czernowitzyer, nicht nur das Bukowiner, sondern das Deutsche in ganz Rumänien als ein besonders schweres Unrecht und als einen ausgesprochen feindseligen Akt der Regierung empfinden.

In der Denkschrift, die der Bukowiner deutsche Volkerrat an den Unterrichtsminister richtete, heißt es u. a.: Im Zusammenhang mit den seitens des Herrn Unterrichtsministers geplanten Sparmaßnahmen soll auch das Czernowitzyer deutsche Staatsgymnasium eine Veränderung erfahren resp. aufgelöst werden. Diese Absicht der Regierung hat das gesamte Deutsche der Bukowina in große Erregung versetzt. — Es wird in dieser Denkschrift noch darauf hingewiesen, daß diese deutsche Anstalt auf das Alter von 122 Jahren zurückblicken kann.

Major Franco soll ausgeliefert werden.

Paris, 19. Dezember. Wie verlautet, hat die spanische Regierung der portugiesischen mitgeteilt, daß der Aufenthalt des Fliegermajors Franco in Portugal gefährlich werden könne. Die spanische Regierung ist nun daher vor, Franco nach den Azoren zu verschicken. In Spanien macht sich außerdem eine Bewegung bemerkbar, die die Regierung veranlassen soll, die Auslieferung Francos zu betreiben.

Gegen die Geschichtsfälschung.

Noch eine französische Stimme zur Revisions- und Korridorfrage. — Ohne Revision der Verträge keine Garantie für den Weltfrieden.

Paris, 19. Dezember. Die „Volonté“ wirft in einem bemerkenswerten Artikel einem Teil der französischen Presse vor, systematisch gegen Deutschland zu hetzen und dadurch eine Entspannung unmöglich zu machen. Leider glauben weite Kreise der Öffentlichkeit immer noch an die Märchen von deutschen Kriegsrüstungen. Denjenigen, die derartige Märchen in die Welt setzen, müsse man die Frage stellen, ob die umfangreichen Festungsbauten Frankreichs am Rhein und seine Luftflotte von 3000 Flugzeugen sowie die stärkste Armee der Welt etwa Abrüstung genannt werden könnten. Gerade der militärische Aufwand Frankreichs wirke sich auf den Geisteszustand der Deutschen aus, denen man nicht weiter vorwerfen könne, als das Verlangen nach Revision des Versailler Vertrages und Rückgabe des Korridors. Man müsse sich fragen, ob diejenigen, die heute gegen die Auflösung der Korridorfrage Stellung nehmen, zufrieden gewesen wären, wenn Deutschland nach dem Kriege von 1870 der Schweiz einen Zugang zum Meere von den Alpen bis nach La Rochelle gegeben hätte. Man brauche nicht Deutscher zu sein, um gegen eine derartige Dummheit Stellung zu nehmen. Der Versailler Vertrag müsse revidiert werden, denn er beruhe nicht auf gegenseitiger Verhandlung, sondern sei einfach diktiert worden, ohne die Gegenpartei überhaupt anzuhören. Furchtbar sei außerdem die ausgesprochene Geschichtsfälschung, die der Vertrag enthalte, indem er Deutschland für alleinverantwortlich am Weltkrieg erkläre. Es sei unmöglich, nicht zuzugeben, daß die serbische Regierung von 1914 den größten Teil der Verantwortung trage, indem sie die Ermordung des österreichischen Thronfolgers deckte. Sie habe dies außerdem dadurch selbst zugegeben, daß sie im vergangenen Jahre ein Denkmal zu Ehren des Hauptattentäters errichtete. Poincaré habe ferner in seinem Werk erklärt, daß die Russen bereits am 30. Juli nachmittags mobil gemacht hätten. Dazu komme, daß zwischen dem französischen und dem russischen Generalstab ein Abkommen bestanden habe, wonach die Mobilisierung selbstständig den Krieg nach sich ziehen sollte. Eine große Reihe von Geschichtsforschern habe nicht nur festgestellt, daß Deutschland nicht die Alleinverantwortung trage, sondern daß vielmehr Serbien, Frankreich, England und Rußland den größten Teil der Verantwortung trügen. Die Revision des Versailler Vertrages hinauszuschieben, hieße daher ein Gewitter über Frankreich zusammenziehen, das eines Tages zum Ausbruch kommen müsse. Es handle sich nicht nur um eine Frage des Rechtes, sondern um den Weltfrieden. An dem Tage, wo Recht und Wahrheit triumphieren würden, werde ganz Europa aufatmen, weil erst dann die Gefahr eines neuen Krieges endgültig beseitigt sei.

Nach dem Abstimmungssieg des Kabinetts Steeg.

Der französische Ministerpräsident will seine Verhandlungen fortsetzen.

Paris, 19. Dezember. Der Ausgang der Donnerstagssitzung der französischen Kammer, die mit einer schwachen

Mehrheit für die Regierung Steeg endete, wird in der Pariser Presse lebhaft besprochen. Während die Oppositionsblätter in dem Erfolg Steegs nur eine vorübergehende Erscheinung sehen, hofft die Mehrheitspresse, daß die bevorstehenden Weihnachtsferien dem Ministerpräsidenten Gelegenheit geben werden, seine Verhandlungen fortzusetzen, um die Grundlage seiner Regierung noch weiter nach der Mitte auszuweiten. Das dürfte ihm vielleicht insofern gelingen, als durch den kurz vor der Sitzung erfolgten Rücktritt des Pensionsministers und der beiden Unterstaatssekretäre sowie durch die noch freien Posten im Finanz- und Luftfahrtministerium den Wünschen der einen oder der anderen Gruppe entgegengekommen werden kann.

Wie jetzt bekannt wird, haben die Kommunisten bei der Abstimmung am Donnerstag nicht für die Regierung, sondern wie üblich gegen sie gestimmt. Tatsache ist jedoch, daß Ministerpräsident Steeg nicht ihnen, sondern allen interessierten Gruppen eine Amnestie in Elsaß-Lothringen versprochen hat.

Frankreich sollte zwischen Deutschland und Polen vermitteln.

Eine elssässische Stimme.

Die Straßburger „Elsaß-Lothringische Zeitung“ führt unter der Überschrift „Eine europäische Aufgabe“ aus: Die französische Regierung könnte entscheidend zu einer Entspannung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen beitragen, wenn sie ihren Einfluß in der Richtung eines Ausgleiches geltend machen wollte. Bisher ist aber leider das Gegenteil zu bemerken. Die französische Presse hat seinen republikanischen Gefühlen — inbetracht der Art der polnischen Wahlen — allseits einen verzeihenden Mantel umgehängt, da es sich ja um einen Bundesgenossen handelt, um den Marschall einer verbündeten Armee. Wir betonen unsere Überzeugung, daß Frankreich die Aufgabe hätte, an dem Abbau der Versteinerung zwischen Deutschland und Polen aufrichtig mitzuarbeiten, daß Frankreich besonderen Anlaß hat, auf ein dauerhaftes, freundschaftliches Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten zu bestehen. Ein ständig gereiztes, auf irgend eine Abhilfe sinnendes Deutschland ist auch für Frankreich selbst kein angenehmer Nachbar.

Nykolow zurückgetreten.

Komnó, 19. Dezember. Am Freitagabend überreichte der Vorstehende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion Nykolow dem Präsidium des Volkskomitees sein Rücktrittsgesuch. Seinen Rücktritt begründet Nykolow mit seinem unbefriedigenden Gesundheitszustand. Das Präsidium des Volkskomitees hat nach halbstündiger Beratung beschlossen, dem Gesuch stattzugeben. Gleichzeitig beschloß es zum Nachfolger Nykolows den ersten Gehilfen Stalina Molotow zu ernennen.

Tagesneuigkeiten.

„Geschick der Großstadt“.

Dichter Nebel senkt sich über die Stadt. Die dunkle Fassade eines Warenhauses erglüh in tausendfärbigen Lichtern der nezeitlichen Kellame. Aus der Tiefe des Nichts schnellen die roten, grünen und andersfarbigen Buchstaben empor, mit dem ganzen Pathos der poesielosen Zeit, verknüpfen sie die neuesten Schlager des Warenhauszummels: „Weiße Woche“, „Billige Reste“, ein anderer spitzfindiger Geschäftsmann preist seine Ware in verschiedenen Variationen an: „Im Namen des Volkes“, „Seitaten Sie... nicht, bevor Sie nicht unser reichhaltiges und preisgekröntes Möbellager besichtigt haben“, „Erleichterte Zahlungsbedingungen“. Ein klassisches Dokument unserer Zeit, geboren aus dem Vegetieren einer Gesellschaftsklasse, deren Lebenserhaltungstrieb durch Hunger und Entbehrungen vernichtet worden ist. Höre du Einarmiger an der Straßenecke, wie bleibt deine Stimme im Trübel der rasenden Großstadt. Du gehörst nicht in den Rahmen dieses Kreises. Verunsicherte nicht den harmonischen Ausdruck der modernen Sachlichkeit deiner Umgebung, dein scheuer Blick, zuweilen stieren deine Augen ins leere Nichts, verdirbt die Stimmung der lustigen Nichtstuer beim „five o'clock tea“. Haude deine halberfrorenen Finger an, ach, du darfst keine Zeit verlieren, der einzigen Hand bedarfst du, um einem Mitleidigen eine Schachtel Bündhölzer anzupressen, während dein zahlloser Mund, die absterbenden Lippen in erschütternder Monotonie den ewig alten und doch neuen Text flüstern: „Bündhölzer, Schnürknoten, Schwerkrigelschäbiger, Familie in furchtbarer Not“.

Die Musik endet mit einem schrillen Akkord. Zweifelhafte Eleganz drängt sich durch die Schiebetür, halbwüchsige Lehrlinge, hochaufgeschossene Backfische, überreife Lebedamen, denen der Alltag den Stempel des Lasters aufgedrückt, geben sich hier ein Rendezvous. Rauchwolken schlagen mir entgegen, am Ausgang zittert ein 15-jähriges Mädchen in ihrem sadenscheinigen Fähdgen, „Blumen, echte Blumen“. Dienstbeflissene Kellner eilen von Tisch zu Tisch, in ihren Bügen spiegelt sich die bange Frage, wieviel bringt der heutige Abend?

In diesem Rummel schreit jemand „Musik“. Silhouettenhaft zeichnet sich die Gestalt des Einarmigen an der Säulenwand scharf ab. Seine verzweifelte Gebärde und die kaum vernehmbaren Laute „Kauft Bündhölzer“ werden von einem Hustenanfall jählings unterbrochen.

Bei den Klängen der „Donna Clara“ bestell ein blasierter Jüngling mit arroganter Stimme ein „Chateau Briand“, während seine geschminkte Nachbarin verstoßene Blicke in seine abbegegriffene Brieftasche wirft. Herr Ober, ein Glas Wasser bittet! ...

Wie? das Gehalt dünkt Ihnen zu niedrig? A propo, wenn Sie mit 100 Plothy monatlich Ihren Luxus nicht streiken können, dann hm, ja bei Ihrer körperlichen Disposition ... also schaffen Sie sich einen netten, distinguierten Freund an! ...

Aus dem Privatkontor des „Gewaltigen“ schleicht ein blaß aussehendes Geschöpf, unterm Arm trägt sie, die ehemalige Stenotypistin, die abgenutzte Ledermappe. Geräuschlos öffnet sie die Tür, um den Weg allen Fleisches angutreten. ...

Heizmaterial für Erwerbslose.

Wie bekannt, wird der Magistrat demnächst mit der Verteilung von Heizmaterial an Erwerbslose beginnen. Zu diesem Zweck wird vom 22. Dezember d. J. ab eine Registrierung durchgeführt. Registriert werden nur Personen, die eine Familie zu ernähren haben und die bis zum 15. Dezember im Arbeitsamt als erwerbslos registriert waren.

Alteinstehende und kinderlose Ehepaare kommen für die städtische Heizmaterialbeihilfe nicht in Frage.

Die Registrierung erfolgt im Büro des Untersuchungsamtes für Erwerbslose, 28-go Pulk Strzelcowskanowicki-Strasse Nr. 32, in der Zeit von 9 bis 14 Uhr in nachstehender Reihenfolge:

Montag, den 22. Dezember — A, B, C, D, E, F;
Dienstag, den 23. Dezember — G, H, I, J, K;
Mittwoch, den 24. Dezember — L, M;
Sonntag, den 27. Dezember — N, O, P;
Montag, den 29. Dezember — Q, R, S;
Dienstag, den 30. Dezember — T, U, V, W, Z.

Die städtischen Angestellten wollen nicht auf das 13. Gehalt verzichten.

Gestern fand eine Sonder Sitzung des Delegiertenrates des Angestelltenverbandes der kommunalen und gemeinnützigen Betriebe im Zusammenhang mit der Frage des 13. Gehalts der städtischen Angestellten statt. Im Ergebnis der Diskussion wurde folgende Entschliessung gefasst: „Der Delegiertenrat stellt fest, daß das 13. Gehalt bereits ein zur Gewohnheit gewordener Bestandteil der Bezahlung geworden ist und erklärt, daß die Angestellten auf keinen Fall und unter keinen Umständen auf diese ihnen zukommende Gebühr verzichten werden. Der Delegiertenrat ermächtigt die Verwaltung zur Ergreifung jeder Maßnahme, die zur Erlangung des 13. Gehalts führt, und fordert sie zur Einberufung einer Sitzung des Delegiertenrates für den 14. Januar 1931 auf, um einen Bericht über die eingeleiteten Schritte zu erstatten und eine Entscheidung zu treffen. Der Delegiertenrat fordert die Verbandsverwaltung auf, nicht an einer Konferenz der Verbände teilzunehmen, die früher bei dem Kampfe um das 13. Gehalt des Angestelltenverbandes der kommunalen und gemeinnützigen Betriebe als Streikbrecher auftraten und jetzt diese Frage als politisches Kampfmittel mit dem eine sozialistische Mehrheit aufweisenden Magistrat benutzen, der durch mehrere Verfügungen und Maßnahmen zur Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Angestellten beigetragen hat.“ (p)

Der Konflikt in der Gasanstalt beigelegt.

Wie wir bereits berichteten, war in der Gasanstalt deshalb ein Konflikt ausgebrochen, weil der Magistrat beschlossen hatte, den Gasanstaltsangestellten nur die Hälfte der sonst üblichen Weihnachtsg Gratifikation auszugeben. Nunmehr hat auf die Vorstellungen der Arbeiterverbände hin, der Magistrat sich einverstanden erklärt, die zweite Hälfte der Gratifikation nach den Feiertagen auszuzahlen. Die Verbände erklärten sich hiermit zufrieden, so daß der Konflikt damit sein Ende erreicht hat. (b)

Eine Beratungsstelle für Auswanderer.

Gestern fand eine Verwaltungssitzung der Lodzer Abteilung des Auswanderer Instituts statt, in der Dr. Wiencowski und Rosset Bericht über die in Warschau stattgefundene Tagung erstatteten. Nach einer längeren Aussprache wurde der von den Vertretern auf dieser Tagung eingenommene Standpunkt gutgeheißen. Hieraus wurde die Frage der Schaffung einer Beratungsstelle für Auswanderer besprochen, die in der Kosciuszko-Allee 17 eröffnet werden soll. Schließlich wurde beschlossen, eine Sammlung für das polnische Schulwesen im Auslande zu veranstalten. (a)

Die Weihnachtsferien in den Schulen.

Nach beendtem Unterricht beginnen heute in den Volks- und Mittelschulen die Weihnachtsferien. In den jüdischen Schulen haben wegen des Sabbats die Ferien bereits gestern begonnen. Der Unterricht wird am 2. Januar nächsten Jahres wieder aufgenommen. (b)

Der Dienst der Aemter.

Am Heiligen Abend werden alle Aemter, wie das Wojewodschaftsamt, die Stadtstaroste, die Staroste, das Korpsbezirkskommando, die Finanzkammer, die Büros der Selbstverwaltung, die Krankenkasse, bis 12 Uhr mittags

tätig sein. Die normale Arbeit wird am 27. Dezember früh wieder aufgenommen. (a)

Die Straßenbahn an den Feiertagen.

Wie alljährlich, so werden die Straßenbahnen in Lodz auch diesmal am Heiligen Abend bis 8 Uhr abends verkehren. Am ersten Feiertag wird der Straßenbahnverkehr vollständig stilliegen. Erst in der Nacht vom 25. zum 26. Dezember wird der Verkehr wieder aufgenommen werden. (b)

Geringe Nachfrage nach Christbäumen.

Die Christbaumverkäufer, die in Voraussicht eines schwachen Geschäfts in diesem Jahre weniger Bäume nach der Stadt brachten als in früheren Jahren, klagen darüber, daß sie selbst diese geringen Bestände nicht an den Mann bringen können. Ab gestern haben sie die Preise für die Christbäume herabgesetzt, gleichwohl aber ist die Zahl der Käufer sehr gering. Diese Erscheinung läßt sich auch in der Spiel- und Luxuswarengeschäften beobachten. (b)

Identitätszeugnisse.

Für die Erlangung eines Personalausweises ist die Vorlegung eines Geburtscheines erforderlich. Nur gibt es aber sehr viele Leute, die keinen Geburtschein besitzen und aus verschiedenen Gründen einen solchen auch nicht mehr erlangen können, namentlich diejenigen Personen, die aus Rußland stammen oder aus einer Ortschaft, in der die Zivilstandsbücher verloren gegangen sind. Um solchen Personen die Erlangung von Personalausweisen zu ermöglichen, kann der Magistrat sogenannte Identitätszeugnisse (akt znania) ausstellen, die sich auf die Aussagen zweier glaubwürdiger Zeugen gründen, welche letztere bestätigen, daß die in Frage kommende Person in diesem und diesem Ort, von den und den Eltern in diesem und diesem Jahre geboren ist. Von diesen Identitätszeugnissen sind Abschriften nicht erhältlich, da sie lediglich für die Erlangung eines Personalausweises bestimmt sind und daher zu anderen Zwecken keine Verwendung finden können. (b)

In die Hände von Mädchenhändlern geraten.

Vor einigen Jahren starb dem Lodzer Händler Pinski Pognanski die Frau und er beschloß, sich abermals zu verheiraten, was auch nach einiger Zeit geschah. Seine sechzehnjährige Tochter Rosa sich indessen mit der Stiefmutter nicht vertragen, so daß es zwischen den beiden Frauen häufig zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Schließlich wurde der Tochter das Leben im elterlichen Hause untragbar, weshalb sie an eine in Argentinien lebende Verwandte schrieb und diese bat, sie zu sich kommen zu lassen. Die in der Ferne lebende Verwandte erklärte sich hiermit einverstanden und so reiste die Rosa Pognanska vor einigen Monaten nach Argentinien ab. Vor einigen Tagen erhielt nun ihr Vater einen Brief von ihr, aus dem er den Schluß zog, daß seine Tochter in die Hände von Mädchenhändlern geraten sei, die ihre Unersahrenheit sich zunutze machten. Der trostlose Vater wandte sich daraufhin an die Auswanderergesellschaft, die sich ihrerseits an die argentinischen Behörden mit der Bitte wenden will, Nachforschungen über das Schicksal der Rosa Pognanska anzustellen. (b)

Blutige Schlägerei zwischen Betrunknen.

Passanten der Agowiastraße in der Nähe des Remont-Platzes waren gestern nachmittag gegen 3 Uhr Zeugen einer widerlichen Szene, deren „Hauptthemen“ einige betrunzene Männer gewesen sind. Polizisten führten nach dem Polizeikommissariat drei vollkommen blutig geschlagene Männer, die scheinbar bei einer Schlägerei angetroffen wurden. Selbst in Anwesenheit der Polizisten schlugen sie noch immer in der rohesten Weise aufeinander ein. Auf das Kommissariat gebracht, wurde zu ihnen die Rettungsbereitschaft gerufen, die bei zweien so ernste Verletzungen feststellte, daß sie nach dem Bezirkskrankenhaus gebracht werden mußten. Es sind dies Stefan Broczel, Siowianska 17, und Artur Rudolf, Wojtowiska 20. (n)

DIE LICHTTRÄGERIN

ROMAN VON ERNEST BECHER
Copyright by Maria Fenchwanger, Halle a. d. S.

Im Handumdrehen waren jedoch bald der junge Künstler und der Kunstliebhaber in ein Gespräch vertieft, das beide derart fesselte, daß sie nicht merkten, wie eine Stunde veronnen war, als Welsche eintrat und sich lächelnd an den Besucher wandte:

„Nun, habe ich Ihnen zuviel erzählt?“
„Gewiß nicht!“ gab der lebhaft zurück. „Ich bedauere nur, daß keine wirklichen Güsse vorhanden sind.“

„Et, dem kann leicht abgeholfen werden!“ meinte der Professor. „Wenn es Sie interessiert, so werde ich Sie verständigen, sobald Erlendach seinen Diskursverfer gewonnen hat. Und was die früheren Arbeiten betrifft —“

Er wies auf die Modelle, die Felix herbeigekommen hatte, zog Fleming am Rockknopf zu einem Fenster und sprach leise und eifrig auf ihn ein. Unterdes räumte Felix seine Arbeiten wieder in die Glasgränze zurück, in denen sie aufbewahrt gewesen waren.

Endlich wandten sich die beiden Herren ihm wieder zu. „Also, es bleibt dabei!“ hörte er Fleming zu Welsche sagen, dann sprach der Besucher zu ihm:

„Ich hoffe, Sie werden mir gestatten, den fertigen Guß Ihres Diskursverfers zu besichtigen, Herr Erlendach!“

„Es wird mir eine Ehre und ein Vergnügen sein!“

Fleming lächelte wohlwollend und verabschiedete sich von dem jungen Mann, der sich ins Atelier zurückbegab und an seinem Modell weiterarbeitete; seine Gedanken aber weichen nicht bei der Arbeit.

Was hatte der Besuch Flemings zu bedeuten? Was das Interesse, das ihm dieser bezeugt? Wozu überhaupt hatte Welsche dem Kunstliebhaber von ihm erzählt? Waren die Worte, die der Professor vor ein paar Tagen zu Felix gesprochen, doch mehr gewesen als ein bloßer Trost? Würde ihm Fleming am Ende die Beteiligung an dem künstlerischen Wettbewerbe ermöglichen wollen, zu der Welsche ihn aufgefordert hatte?

Alle diese Fragen schossen Felix durch den Kopf, aber er wagte nicht, sie für sich günstigem Sinne zu beantworten. Dennoch fühlte er, daß Flemings Besuch kein zufälliger gewesen war, und leise Hoffnung schwellte ihm die Brust. Als er Lotte wie gewöhnlich vom Konservatorium abholte, hatte er denn auch nichts Eisigeres zu tun, als ihr von Fleming und von den Mutmaßungen zu berichten, die er an das ihm erzeigte Interesse geknüpft hatte.

Die sanguinische Lotte jubelte, als der Verlobte seinen Bericht gab.

„Wirklich sehen, Felix“, rief sie, „dieser Fleming nimmt sich deiner an! Welsche hat ihm von dir nur erzählt, weil er erwartet hat, der Wägen würde sich dir günstig erweisen, sicher ist es so! Nun wirst du keine Preisarbeit doch schaffen können und ein berühmter Mann werden!“

Felix schüttelte lächelnd das Haupt, doch insgeheim hoffte er, daß Lotte recht behalten möchte.

„Mit Papa habe ich noch nicht sprechen können“, setzte das Mädchen fort. „Ich treffe mit ihm jetzt nur beim Nachtmahl zusammen. Zu Mittag kommt er gar nicht nach Hause, er hat riesig zu tun. Die Fabrik muß sehr gut

gehen, weil Papa jetzt so wenig Zeit hat. Des Abends ist er dann so müde und abgepannt, daß er sich immer gleich nach dem Essen zurückzieht.“

Der junge Mann ahnte, daß es durchaus nicht der gute Geschäftsgang war, der die Zeit des Fabrikanten derart in Anspruch nahm. Inbezug er hütete sich, seine Gedanken laut werden zu lassen.

Felix ging mit seiner Vermutung wirklich nicht irre, der Fabrikant war den ganzen Tag über auf der Jagd nach Geld.

Vormittags suchte er die Banken auf und konferierte mit den Direktoren. Man empfing ihn höflich und schien im Anfang der Unterredung nicht abgeneigt, auf seine Wünsche einzugehen. Wenn man aber auf die Sicherheiten zu sprechen kam, die Marhold bieten konnte, und hörte, daß das Fabrikgebäude schon belastet war, dann wurden die Beamten zurückhaltender, sie rechneten, kalkulierten und prüften und gelangten schließlich stets zu einer Abweisung, die meist mit kaltem Bedauern, manchmal aber auch in schrofferer Art erteilt wurde.

Nachmittags fuhr Marhold von einem Bekannten zum andern und versuchte bei ihnen sein Glück. Aber es ging ihm bei diesen nicht besser als bei den Bankleuten. Ueberall begegnete er bedauerndem Achselzucken. Man wies auf die allgemeine Stagnation im Geschäftsleben hin und speiste ihn mit leeren Redensarten ab, Geld erhielt er nirgend.

Die demütigenden und noch dazu vergeblichen Wittergänge zerrten und rissen an Marholds Nerven. Er verbrachte die Nächte schlaflos, seine Wangen wurden blaß, bläuliche Schatten lagerten um seine Augen und sein Blick wurde schau und matt, kaum noch berührte er die Speisen, die Dese beim Abendmahl auftrug.

(Fortsetzung folgt.)

Eifersuchtsdrama.

In der Czestochowska 18 wohnt die Familie Kurewski, die vor einiger Zeit ihre Tochter Stanisława an den 31 Jahre alten Alexander Rajski verheiratet hatte. Wegen des Wohnungsmangels zog das junge Paar zu den Schwiegereltern. Dem 55 Jahre alten Josef Kurewski fiel es auf, daß seine Frau sich dem Schwiegersohn gegenüber stets sehr liebenswürdig verhalte, weshalb er die beiden verdächtige, intime Beziehungen zueinander zu unterhalten. Wiederholt kam es deshalb zu Streitigkeiten. Als Kurewski gestern wieder mit seiner Frau Streit begann, versetzte ihm diese einige Schläge ins Gesicht und lief dann noch ihren Schwiegersohn zu Hilfe, mit dem sie solange auf den Mann einschlug, bis dieser ohnmächtig zusammenbrach. Man mußte die Rettungsbereitschaft herbeirufen, die den Verletzten, nach dem Bezirkskrankenhaus überführte. (a)

In einer fremden Wohnung verprügelt.

Murde der in Neu-Plotno, Jezuita 24, wohnhafte 31jährige Saisonarbeiter Stanisław Wachowski, dem bei einem Trinkgelage in der Szerebrzynska 35 Schnittwunden am Kopfe, an der Schulter sowie eine Stichwunde an der rechten Hand beigebracht wurden. Der herbeigerufene Arzt der Rettungsbereitschaft vernähte ihm die Wunden und beließ ihn am Orte. (p)

Ueberfahren.

In der Rzgowska-Straße wurde die 7jährige Olga Zimmermann, die sich auf dem Wege zur Schule befand, beim Ueberfahren des Fahrweges von einem Wagen überfahren. Das Kind wurde nach dem Anne-Marien-Krankenhaus gebracht, während der fahrlässige Koffelentfer verhaftet und zur Verantwortung gezogen wurde. (b)

Beim Eislaufen ertrunken.

Der 11 Jahre alte Jan Polodziejczyk aus dem Dorfe Lubien im Kreise Łask begab sich gestern auf einen nahen Teich, um auf dem Eise zu laufen. Da die Eisbede aber zu dünn war, brach er ein und ging sofort unter. Als er einige Minuten später geborgen wurde, war er bereits eine Leiche.

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

A. Potasz, Plac Kościelny 10; A. Charemska, Pomorska 10; E. Müller, Piotrkowska 46; M. Epstein, Piotrkowska 225; J. Gorczyński, Przejazd 59; G. Antoniewicz, Pabianicka 50. (p)

Aus dem Gerichtssaal.**Ein 74jähriger Wüstling vor Gericht.**

Vor dem Lodzger Bezirksgericht in Lodz hatte sich gestern der 74jährige Theodor Menzel wegen Vergewaltigung einer Unmündigen zu verantworten. Nach Vernehmung der Zeugen wurde der greise Wüstling zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. (p)

Das Nachspiel einer Mausei.

Anfang Oktober dieses Jahres brachte ein gewisser Władysław Wisniewski bei der Polizei zur Anzeige, daß während einer Namensstagsfeier, die sein Bruder Jan Wisniewski seiner Geliebten Janina Komalska veranstaltet habe, ein Mord verübt worden sei. Danach soll während einer Schlägerei, Wisniewski auf Aufforderung seiner Geliebten eine Flasche ergriffen und damit einem der Festteilnehmer dem Stanisław Koch, einen Schlag auf den Kopf versetzt haben, so daß dieser sofort tot zusammengebrochen sein sollte. An Ort und Stelle wurde seitens der Polizei indessen festgestellt, daß Koch wohl mit einer Flasche einen Schlag erhalten hatte, daß aber dieser Schlag nicht tödlich war. Gestern hatte sich Jan Wisniewski und die Komalska vor dem hiesigen Bezirksgericht zu verantworten. Wisniewski wurde zu drei Wochen Haft verurteilt, während für die Komalska auf Freispruch erkannt wurde. Außerdem beschloß das Gericht, den Władysław Wisniewski wegen Falschmeldung zur Verantwortung zu ziehen. (b)

Auch ein „schmänziger“ Arbeiter muß zweiwöchentlich gefoltert werden.

Vor dem hiesigen Arbeitsgericht war der Arbeiter Antoni Paszkiewicz kläglich geworden, der aus der Arbeit entlassen worden war, da, wie der klagende Arbeitgeber angab, er „schmänziger“ gewesen sei. Das Gericht stellte sich jedoch auf einen anderen Standpunkt als der Arbeitgeber und verurteilte diesen zur Zahlung eines zweiwöchentlichen Lohnes sowie zur Entschädigung der Urlaubszeit und zur Tragung der Gerichtskosten. (b)

Kunst.

„Die Kleinodien von Lodz“ im „Dobry Wieczor“. Das beste vom Theater „Dobry Wieczor“ bisher Gebotene dürfte unstreitig die Revue „Die Kleinodien von Lodz“ sein. Ein Schlager eigener Art ist die Tango-Tanzeinlage „Princzyska“, die von Melodystoma, Kienka und Kozierski bestritten wird. Der Sketch „Städtisches Jodel“ in der Ausführung von Melodystoma und Dombrowski ist vorzüglich und ruft wahre Nachschaben hervor. Die von Garelkowna gesungene „Wigilia“ rührt die Zuhörer durch ihre Tragik bis zu Tränen. Gronowski-Dobek ist wie gewöhnlich unübertroffen. Janeczki dagegen als Moniel Pugilator erntet Beifallstürme und ist im Zuschauerraum echte Begeisterung aus. Die Gestalt der Prymiewicowna zwingt zur Bewunderung. Es ist schwer, irgend einen Künstler besonders hervorzuheben, da alle ohne Ausnahme sich ihrer Aufgabe auf das Beste entledigen. Bron.

Sport-Turnen-Spiel

Korbball.

A. S. Heute nachmittag um 5 Uhr findet im Turnsaale des Deutschen Gymnasiums die Fortsetzung der Spiele um den Triumph-Pokal statt. Die Sieger der einzelnen Gruppen und somit die Finalisten sind bereits ermittelt. Im Damenkorball werden Triumph und H.S. kämpfen. Aus der zweiten Gruppe der Korballer ist H.S. als Sieger hervorgegangen, während in der ersten Gruppe das heutige Spiel Geyer—Jednoczone den Finalisten geben wird.

Im Damenkorball begegnen sich heute Hasmona—Geyer und H.S.—H.S. Das Ergebnis dieses Spiels bleibt jedoch ohne Einfluß auf die Gruppierung, da H.S. schon seine beiden Spiele gewonnen und sich für das Finale qualifiziert hat. Im Korball treffen sich Jednoczone—Geyer. Beide Mannschaften haben bis dahin zu je einem Spiele ausgetragen und dieses siegreich beendet. Der Sieger dieses Treffens gelangt in das Finale.

Reges Interesse wird der Begegnung des Meisters von Lodz J. R. Poznański—Triumph entgegengebracht, obwohl der Ausgang dieses Treffens die Position des H.S. nicht mehr gefährden kann. In den Meisterschaftsspielen von Lodz siegte das erstmal J.R.P. über Triumph, während in der zweiten Runde letzterer erfolgreich war. Es wird wohl diesmal zu einem harten, gleichwertigen Kampfe kommen, aus dem es schwer ist, den Sieger voranzufagen.

Fusion dreier Lemberger Sportvereine.

In Lemberg haben sich die drei jüdischen Vereine Zutrzenka, Amateurs und Bar-Kochba fusioniert und werden fortan unter dem Namen Zutrzenka weiter tätig sein.

Man's letzter Erfolg.

Der polnische Professionsboxer Man gab in Neuport sein Debut in der Madison Square Garden und schlug den guten Amerikaner Tee Wee Jewella vor 30 000 Zuschauern in der 6. Runde 1. o.

Der polnische Sportklub in Berlin

trug gegen Berliner B-Klasse zwei Spiele aus, die unentschieden endeten. Die Ergebnisse waren folgende: gegen den S. C. Centrum Berlin 1:1, das gleiche Resultat wurde auch gegen den Ballspielklub Rubersdorf erzielt.

Eine Dame fährt Autoweltrekord.

Die bekannte englische Rennfahrerin Frau Stewart, die schon eine ganze Reihe von internationalen Autoweltrekorden an sich gebracht hat, stellte auf der Autorennbahn von Linas-Monthery bei Paris einen neuen Weltrekord über 20 englische Meilen (16 093 Kilometer) für alle Kategorien auf. Frau Stewart legte die Strecke auf einem Miller-Derby-Wagen bei fliegendem Start mit einem Stundenmittel von 220,810 Kilometer zurück.

Eislaufmeisterschaften in Europa.

Die Europameisterschaften im Eiskunstlaufen für Herren werden am 24. Januar 1931 in Wien ausgetragen. Zwischen dem 31. Januar und 1. Februar werden in St. Moritz die Europameisterschaften im Paarlaufen und Kunstlaufen der Damen und schließlich am 7. und 8. Februar in Stockholm die Europameisterschaften im Eisschnelllaufen ausgetragen.

**Parlamentsöffnung mit Tränengas.**

Während der Eröffnung des Repräsentantenhauses in Washington (Amerika) versuchten Arbeitslose in das Parlamentsgebäude einzudringen. Die Polizei schritt ein und ließ in die Menge der Arbeitslosen Tränengas ausströmen.

Radio-Stimme.

Sonnabend, den 20. Dezember.

Polen.

Lodz (233,8 M.).

12.05, 16.30 und 19.25 Schallplatten, 16.45 Konzert junger Kräfte, 17.45 Kinderstunde, 18.45 Verschiedenes, 19.35 Radiostimme, 20.30 Leichte Musik, 22.15 Liedkonzert, 22.35 Nachrichten.

Warschau und Krakau.

15.50 Vortrag, 16.30 Schallplatten, 16.45 Konzert junger Kräfte, 17.45 Kinderstunde, 20. Feuilleton: „Das deutsche Theater von heute“, 20.30 Unterhaltungskonzert, 22.15 Liedkonzert, 23. Tanzmusik.

Posen (896 M., 335 M.).

17.25 Journalistischer Vortrag, 17.45 Konzert für die Jugend, 18.45 Konzert, 20.30 Unterhaltungskonzert, 22.30 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 M., 418 M.).

14 Schallplatten, 15.20 Jugendstunde, 16.30 Unterhaltungsmusik, 18. Kinderdarstellung, 19.15 Karl Wiener: Sechs Orchesterlieder, 19.40 Orchesterkonzert, 20.30 Heiterer Abend, anshl. Tanzmusik.

Breslau (923 M., 325 M.).

15.35 Kinderzeitung, 16. Unterhaltungskonzert, 18.10 und 19.25 Heitere Abendmusik, 22.30 Tanzmusik.

Königsberg (983,5 M., 1635 M.).

10.15 und 12. Schallplatten, 14. Schallplatten, 15. Kinderdarstellung, 16.30 Nachmittagskonzert, 18. Französisch für Fortgeschrittene, 20. Lustiger Abend.

Am Scheinwerfer.**Wer will Hentler werden?**

Für Leute, denen es Freude macht, Köpfe rollen zu sehen, werden fast gleichzeitig zwei Posten frei. Der Prager Scharfrichter Broumarsh ist wegen unbedachter Äußerungen, die nach Ansicht seiner vorgesetzten Behörde geeignet waren, das Ansehen des Hentlerstandes herabzusetzen, seiner Stelle enthoben worden. Prag muß darum nicht befürchten, ohne Hentler zu bleiben. Es sind bereits mehr als hundert Gesuche von Bewerbern um den Hentlerposten beim Justizministerium eingetroffen. Sehr viele von Hentlern, anwärtern sind akademisch gebildete Leute. Broumarsh selbst war übrigens früher Kaisertheaterbesitzer. Vielleicht hat er das Totschlagen vom Kasperl gelernt. Der zweite Hentlerposten, der frei wird, ist der des Pariser Scharfrichters Deibler. Deibler muß nicht wie Broumarsh und der andre Kopfrollenmacher mit Gewalt von seinem Posten entfernt werden. Er geht in Pension, weil er vom Kopf abschneiden genug hat. Er will in Frieden seinen Kohl bauen und seine Memoiren schreiben.

Prag (617 M., 487 M.).

15.50 Jugendstunde, 16.30 Nachmittagskonzert, 18.25 Pieder unserer Zeit, 19.20 Blasmusik, 20.10 und 20.40 Konzert, 21.40 Violinkonzert, 22.20 Schallplatten, 23. Bunter Abend.

Wien (581 M., 517 M.).

12. Mittagskonzert, 15.25 Schallplatten, 17.15 Kammermusik, 18. Stunde der Jugend, 19.35 Unterhaltungskonzert, 20.30 Weihnachtsskizzen: „Heim fünden“, 22.10 Abendkonzert.

Heutige Konzerte.

Im Rahmen der am heutigen Sonnabend veranstalteten „Feste für junge Talente“ spielt der junge Pianist Alexander Kagan vor dem Mikrophon, der in diesem Jahre das Warschauer Konservatorium absolviert hat, sowie die junge Sängerin Jadwiga Hoppe. — Am Abend tritt im Laufe des Konzerts der leichte Musik der Rhythmer Witold Jodko auf. — Um 22.15 Uhr gibt der Negerkantor Towje Halohen La Rue vor dem Mikrophon des Warschauer Senders ein Konzert. Im Programm zwei hebräische Lieder, Negerlieder und amerikanische Lieder. Alle drei Konzerte werden von dem Sender Lodz übernommen.

Heutige Vorträge und Plaudereien.

Am heutigen Sonnabend um 20 Uhr spricht der Korrespondent mehrerer Kunstzeitschriften Gerhard Krause über den Geist des neuzeitlichen deutschen Theaters. Um 20.15 Uhr plaudert Redakteur Cezary Jellenta über das Thema „Die Deutsche — die Französin — die Polin“.

Detektor für Bloth 35.

komplett mit Antenne u. Hörer empfiehlt als **Weihnachtsgeschenk** das elektrotechn. Büro P. SCHULTZ, Andrzejka Nr. 9, Tel. 134-06. Gaden und Reparaturen von Akkumulatoren. Magnetisierung der Hörer und Lautsprecher. Herstellung von Abajouren.

Aus dem Reiche.

Konstantynow. Außerordentliche Erwerbslosunterstützungen zu Weihnachten. Vorgestern sprach eine Delegation Arbeitsloser in Konstantynow mit dem Konstantynower Bürgermeister Dolecki an der Spitze im Wojewodschaftsamt vor und bat den Wojewoden Jaszczolt, sich bei den zuständigen Behörden um Bewilligung einer außerordentlichen Weihnachtsunterstützung zu bemühen. Der Wojewode versprach der Abordnung, daß er bereit sei, sich für diese Angelegenheit im Sinne der Bittsteller zu verwenden. In Anbetracht dessen hat der Konstantynower Magistrat bereits eine Registrierung der für eine außerordentliche Erwerbslosenunterstützung zu Weihnachten in Frage kommenden Arbeiter durchgeführt. Registriert wurden über 700 Personen.

— **Sitzung des Stadtrats.** Die Mittwochsitzung des Stadtrats hatte großes Interesse unter dem Publikum wachgerufen, und die Räume des Magistrats waren bis in den Sitzungssaal mit Neugierigen angefüllt. Größtenteils waren es Parteileute, welche gekommen waren, um die Tätigkeit ihrer Auswärtigen zu beobachten; die in der Opposition stehenden Stadtverordneten gaben sich besondere Mühe, ihr Licht leuchten zu lassen. Es kamen Anträge, welche zeigen sollten, wie die P.M.-Demica und Verbündete auf das Wohl der Arbeiterschaft bedacht ist, die in der Wirklichkeit aber nur auf Demagogie aufgebaut waren und dazu dienen sollten, die Arbeiterschaft gegen den Magistrat und die Stadtmehrheit aufzuheizen. Der einigermaßen verständige Arbeiter wird aber auf diesen Leim nicht mehr gehen und wird selbst einsehen, daß seine Interessen von der Mehrheit und dem Magistrat gewissenhaft vertreten werden. Den besten Beweis für die eifrige Tätigkeit der „ausgewählten“ Stadtverordneten der Opposition gibt schon der Umstand, daß sie bis jetzt auf keiner Sitzung zugegen waren, denn die geringfügigsten Ursachen wurden als Grund zum Verlassen der Sitzung erklärt. Diesmal ging die Sitzung normal zu Ende. — Den Vorsitz führte Bürgermeister Dolecki. Es waren 22 Stadtverordnete und sämtliche Magistratsmitglieder anwesend. Gleich zu Beginn der Sitzung stellte der Stadtverordnete Maszewski den Antrag, der Magistrat möge sich bemühen, von den Behörden eine einmalige Unterstützung für die Arbeitslosen in der Höhe von 20 Zloty für eine einzelne Person und 30 Zloty für eine Familie zu erwirken. Sollte die Regierung keine Gelder für diesen Zweck vor den Feiertagen anweisen, dann soll die Auszahlung aus der Stadtkasse erfolgen. Der Bürgermeister wies in einer längeren Ansprache auf die Unmöglichkeit und Demagogie des eingeleiteten Antrages hin. Er gab die Erklärung, daß die Annahme dieses Antrages gesetzwidrig sei, da die Erteilung von Subsidien nur der Stadtkasse vorbehalten ist. Außerdem ist es jedermann bekannt, daß die Stadtkasse nicht über solche Summen verfügt, um derartige Auszahlungen vorzunehmen, wozu bis

10 000 Zloty nötig sind. Uebrigens war der Bürgermeister mit einer Arbeiterdelegation in der Wojewodschaft, um eine Unterstützung zu erwirken. Dort wurde ihnen das Versprechen gegeben, daß noch vor den Feiertagen ein Subsidium überwiesen werden wird. Hierauf gelangten die Punkte der Tagesordnung zur Erledigung. Die Gesellschaft der elektrischen Zufuhrbahnen soll ersucht werden, die Weiche an der Lobjaststraße derart umzubauen, daß die Schienen auf der Chaussee hinübergeleitet werden sollen. Außerdem wurde beantragt, an die Verwaltung der Zufuhrbahngesellschaft die Forderung zu stellen, den städtischen Tarif bis zur Karolstraße zu berechnen. Hierauf gelangte die Schenkung eines Platzes zur Vergrößerung des evangelischen Friedhofes zur Verhandlung. Der Magistrat sprach sich einstimmig für die Schenkung aus, mit der Bedingung, daß er nur zum Friedhof verwendet werden darf und alle durch die Schenkung entstehenden Kosten, wie Ausmessung und notarielle Verschreibung, von der evangelischen Gemeinde getragen werden. Auch die Verschreibung einiger Positionen im Budget sowie die Einführung der Verbesserungen zum Emeritaletat der städtischen Angestellten wurden einstimmig angenommen. Die Angelegenheit der Anrechnung der Dienstjahre der im Magistrat beschäftigten Angestellten konnte nicht erledigt werden, da einige von ihnen die nötigen Beweise noch nicht beschaffen konnten, und darum wurde dieser Punkt von der Tagesordnung genommen. Es wurde noch der Antrag eingebracht, an die Gesellschaft der elektrischen Zufuhrbahnen die Forderung zu stellen, bis zum 1. Januar eine Wartehalle fertigzustellen oder andernfalls die Züge alle 15 Minuten kurtieren zu lassen. Diese Angelegenheit wurde dem Magistrat zur Ausführung überwiesen. Weitere Forderungen, wie Ausbesserung von Straßen, der Brücke über die Dombrowa u. a. wurden dem Magistrat überwiesen. Um 10 Uhr abends schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Miesandrow. Erwerbslosenkundgebungen. Hier finden täglich vor dem Magistratsgebäude Kundgebungen der Arbeitslosen statt, die Feiertagsunterstützungen verlangen. Das Ergebnis der Bemühungen des Bürgermeisters Andrzejak entspricht nicht den Wünschen der Arbeitslosen, weil diese nicht mehr zum Weihnachtsfest, sondern erst nach Ablauf von zwei Wochen irgendwelche Unterstützungen erhalten werden. (6)

Petrkau. Diebe im Porzellanladen. Vorgestern nachts drangen in den Porzellanladen von Jfa! Wiernik, Rycewka-Straße 2, Diebe ein und stahlen verschiedene Porzellanwaren. Die von dem Diebstahl in Kenntnis gesetzte Polizei leitete sofort eine Untersuchung ein, die zur Verhaftung der Diebe führte. Es sind dies die Petrikauer Einwohner Tadeusz Jaskulowski, Grodzka 3, und Tadeusz Miedziński, Szpitalna 20. Die Beute konnte ihnen ganz abgenommen werden.

Zuel. Ungewöhnlicher Diebstahl. Vorgestern um 9 Uhr abends fuhr vor dem Büro des landwirt-

schaftlichen Syndikats eine Droschke vor, die am Seiten- eingang des Büros hielt und der drei Personen entstiegen. Die Ankömmlinge öffneten vor den Augen der Passanten mit mitgebrachten Nachschlüssel die Tür des Büros und trugen die feuerfeste Kasse heraus, verließen diese und fuhrten mit ihr davon. Der Diebstahl wurde eine Stunde später entdeckt und eine Untersuchung eingeleitet, die jedoch ergebnislos verlief. In der Kasse befanden sich 3000 Zloty in bar und Kundenwechsel auf die Summe von etwa 60 000 Zloty.

Warschau. Festnahme eines gefährlichen Banditen. Der auf einem Rundgang befindliche Polizist Filal stieß in der Bialolenka-Straße auf einen Mann, der einen vollen Sack trug. Er hielt den Mann an, um den Inhalt des Sackes zu prüfen. Der Mann warf den Sack auf den Boden, zog aus der Tasche einen Revolver und schoß auf den Polizisten. Der Polizist griff gleichfalls zur Waffe, um sich zu verteidigen. Es gelang ihm, den Banditen zu überwältigen und festzunehmen. Auf dem Polizeiamt stellte es sich heraus, daß es sich um den der Polizei gut bekannten Banditen Josef Korzen handelt, der u. a. am Ueberfall auf das Magazin von Walencia Kobuszyńska in Pludny bei Warschau am 4. d. Mts. teilgenommen hat.

Rosen. Im Alkoholrausch ein Mädchen totgefahren. Auf dem Wierzbieniec-Platz fuhr die vom Chauffeur Stanislaw Czajla gesteuerte Autodroschke Nr. 146 auf den Bürgersteig, überfuhr ein Mädchen und blieb im Schaufenster eines Lebensmittelgeschäftes stehen. Das Mädchen — eine Beamtin des städtischen Schlachthaus — erlitt so schwere Verletzungen, daß es einige Minuten nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarb. Wie es sich herausstellte, war der Chauffeur der Autodroschke betrunken. Das Publikum, das diesem Vorfall beiwohnte, versuchte den gewissenlosen Kraftwagenführer zu lynchen, woran es jedoch durch die eingreifenden Polizeibeamten, die sich des betrunkenen Chauffeurs annahmen, verhindert wurde. Czajla wurde den Gerichtsbehörden zur Verfügung gestellt.

Kattowitz. Ein betrunkenen Chauffeur verursacht eine furchtbare Katastrophe. Vorgestern nachmittags ereignete sich auf der Eisenbahnüberfahrt bei Welnowie eine furchtbare Katastrophe, der drei Personen zum Opfer gefallen sind. Das Personauto der Schmalenbergischen Löffelfabrik, das von dem stark angeheiterten Chauffeur Jan Kisza gesteuert wurde, überannte die gesperrte Bahnbrücke und blieb auf dem Eisenbahngleis stehen. In diesem Augenblick kam ein Zug heran, gebraust und überfuhr das Auto. Der Inhabhaber der Firma Schmalenberg, Jerzy Woloch, der im Auto saß, war auf der Stelle tot. Der zweite Insasse des Fahrzeuges verlor sich und der Chauffeur Kisza erlitt so schwere Verletzungen, daß sie auf dem Wege nach dem Krankenhaus starben.

— Die Steuerschulden des Fürsten von Pleß. Im Zusammenhang mit den Meldungen Berliner Blätter über die Schwierigkeiten des Bergbaukonzerns des Fürsten von Pleß wird mitgeteilt, daß der Fürst von Pleß dem polnischen Staatsschatz an Steuern für die Zeit vom Jahre 1925 bis 1929 ungefähr 13 Millionen Zloty schulde. Außerdem ist die Verwaltung der Pleßschen Domänen dem Staatsschatz an Einkommensteuern für das laufende Jahr 2,5 Millionen Zloty schuldig. Das Gesamtvermögen des Fürsten in Polnisch-Oberschlesien wird von Fachleuten auf 700 bis 800 Millionen Zloty berechnet. Dem Fürsten Pleß gehören 67 größere Objekte, darunter 40 000 Hektar Land und Wald, 2 Bierbrauereien sowie 10 Gruben.

„Oberschlesien ist doch eine alte deutsche Kolonie“

Das Ende eines Sensationsprozesses. — Der angebliche Pilsudski-Ausspruch. Der „Beleidiger“ Pilsudski in zweiter Instanz freigesprochen.

Vor dem Kattowitzer Appellationsgericht gelangte am vergangenen Mittwoch das Berufungsverfahren in dem bekannten Sensationsprozeß gegen den ehemaligen Eisenbahner Peter Fuhl zur Verhandlung, der in erster Instanz wegen Beleidigung des Marschalls Pilsudski zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt wurde.

Peter Fuhl, welcher jetzt in Königshütte wohnhaft ist und vorher in der Ortschaft Groß-Weichsel ansässig war, ergriff auf einer Wahlversammlung der Konstantynower Partei als Diskussionsredner das Wort und ließ dort verlauten, daß seinerzeit, als die polnischen Oberschlesier um die Zuteilung Oberschlesiens und um ihre Freiheit kämpften, Marschall Pilsudski sich damals davon „noch nichts träumen ließ“. Damals hätten gewisse Persönlichkeiten noch unter dem Denkmal der Kaiserin Katharina von Rußland gestanden und dort Ehrenkränze niedergelegt. Delegierte aus Oberschlesien, die Pilsudski in seiner bekannten lässigen Haltung empfangen habe, hätte er folgendes erklärt:

„Nach Oberschlesien gelüftet es Euch, das ist eine unmögliche Sache. Oberschlesien ist doch eine alte deutsche Kolonie!“

Diese Prozeßsache wurde im Berufungsverfahren einige Male vertagt und wichtige Zeugen vorgeladen. Bemerkenswerte Aussagen machte bei der Mittwoch-Verhandlung der Magistratspräsident Lemandowski in der Eigenschaft als Hauptzeuge. Er erklärte, daß er in der Auffassung und Ablehnung des öfteren Delegationen angehörte, die von Warschau Hilfe erheischten, um die Einverleibung Oberschlesiens zu erwirken. Seitens des damaligen Staatsverweisers (Marschall Panstwa) Pilsudski wären die Delegierten im Vergleich zu den Empfängern an allen anderen Stellen weniger zuvorkommend empfangen worden. Man schilderte die Lage der Gefangenen im ersten ober-schlesischen Polenaufrüst und hatte weitere Wünsche.

Pilsudski hörte sich nach den Aussagen des Zeugen alles in einer typisch lässigen Haltung an, drehte entweder seine Zigarette, lag lang ausgestreckt auf dem Kanapee oder spielte ununterbrochen seine Billardpartie zu Ende. Er bemerkte unter anderem in Bezug auf die

Gefangennahme von Aufständischen, daß das alles schon leicht möglich sei, er habe übrigens schon allerhand Greuelthaten in seinem Leben gesehen! Irigend eine Hilfe könne er nicht gewähren, da er durch Verträge mit Deutschland gebunden sei.

Weiter bemerkte der Zeuge, daß Äußerungen bezüglich der „alten deutschen Kolonie“ ebenfalls gefallen seien, nur könne er sich an den eigentlichen Wortlaut nicht mehr genau erinnern. Jedenfalls wurde in Kreisen der polnischen Intelligenz, er wolle nur den jetzigen schlesischen Bischof Dr. Adamski, ferner den später auf tragische Weise zu Tode gekommenen Geistlichen Polbiech und den bekannten Wolski nennen, erregt darüber diskutiert. Auch in den weiteren polnischen Bevölkerungskreisen hätte diese Ansicht allgemeinen Resonanz hervorgerufen. Man war allgemein erbittert, nur Konstantynow und der damalige Prälat Dr. Adamski hätten die Masse aufgemuntert, unbeirrt auf das Ziel loszusteuern und durchzuhalten. Schließlich führte Zeuge Lemandowski, dessen Ausführungen im Gerichtssaal großen Eindruck machten, noch aus, daß viele von den heutigen polnischen Konservativen, die bekanntlich durchweg im Sanacjalager zu finden sind und sichere und gute Posten in dem zuge teilten ober-schlesischen Gebiet erhalten haben, ehemals tatsächlich Organisationen angehört, die am Grabe der russischen Kaiserin Kränze niederlegten.

Zwei weitere wichtige Zeugen, der Abgeordnete Sosinski und ein gewisser Maszyn, bestätigten zum weitesten Teil die Aussagen des Lemandowski. Der Verteidiger von Peter Fuhl, Rechtsanwalt Dr. Tempa, stellte noch den Antrag auf Vernehmung des schlesischen Bischofs, doch wurde diesem Antrag nicht stattgegeben. Das Gericht sah nach Durchführung der Beweisaufnahme eine Schuld von Peter Fuhl, der ehemals im Eisenbahndienste stand, dann aber nach Polnien verflocht werden sollte und daher den Dienst als Eisenbahnangestellter aufgab, als nicht vorliegend an und sprach den Beklagten nach Aufhebung des Urteils erster Instanz daher frei.

Bzüglich der Behauptung über Kranzniederlegungen am Denkmal der russischen Kaiserin erfolgte Einstellung des Verfahrens.

Deutsche Sozial. Arbeitspartei Polens.

Ortsgruppe Nowo-Zlotno. Sonnabend, den 20. Dezember, um 7 Uhr abends, findet im Parteilokal, Cyganla, eine Vorstandssitzung statt. Da wichtige Besprechungen sowie auch die Abrechnung auf der Tagesordnung stehen, ist ein vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Rohr-Zentrum. Montag, den 22. Dezember, um 7 Uhr abends, findet im Parteilokal, Petrikauer 109, eine Vorstandssitzung statt. Vollzähliges Erscheinen der Vorstandsmitglieder ist unbedingt notwendig.

Deutscher Sozial. Jugendbund Polens.

Ruda-Pabianicka. Heute, Sonnabend, kommen die Kinder um 5 Uhr abends im Parteilokal zur Vortragsprobe. 7 Uhr abends Vortragsprobe der Jugendlichen. Sonntag, 9 Uhr früh, kommen alle Kinder zur Generalprobe des Weihnachtsfestspiels. — Donnerstag (1. Weihnachtsfeierstag) um 3 Uhr nachmittags feiert die Kindergruppe ihr Weihnachtsfest. Vorträge der Kinder und verschiedene Ueberraschungen sind im Programm vorgesehen. Wer einige frohe Stunden im Kreise der Kinder verbringen will, wer sehen will, wie in unserer Bewegung Weihnachten gefeiert wird, der komme zu diesem Weihnachtsfest. Im Parteilokal Gorna 43.

Deutscher Kultur- und Bildungs-Berein „Fortschritt“.

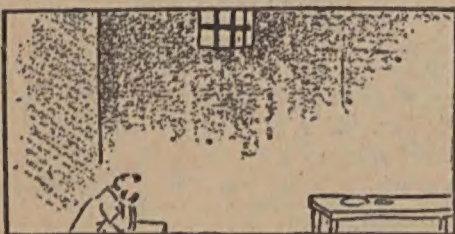
Schachsektion. Am Sonntag, den 21. d. Mts., vormittags 11 Uhr findet im Lokale Petrikauer 109 eine Vorstandssitzung statt. Vollzähliges Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist Pflicht.

Gemischter Chor. Montag, abends 7.30 Uhr, findet die übliche Gesangsübung statt. Da die Lieder für das Weihnachtsfest geübt werden sollen, wird um vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Sänger gebeten.

Willst Du über die Strafe geh'n,
mußt erst links, dann rechts Du seh'n!

15. Februar 7 Uhr Abends

Roman von Paul Giemos.



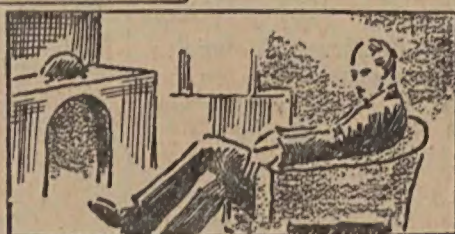
Erstes Kapitel:

Auftakt zu einer sensationellen Gerichtsverhandlung.



Zweites Kapitel:

Er oder Sie?



Drittes Kapitel:

Saben Sie schon einmal geliebt? — und einige ähnliche Fragen.



Viertes Kapitel:

Plädoyer, die sie nicht erreichten.



Fünftes Kapitel:

Fräulein Vera Reese meldet sich zur Stelle.

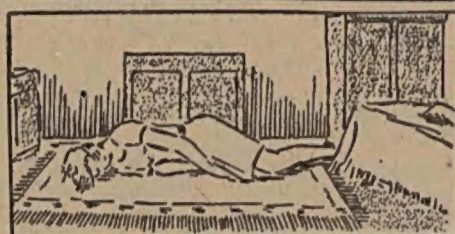


Sechstes Kapitel:

An Frauen erlebt man seine Ueber- raschungen.

Siebentes Kapitel:

Vera Reese bereitet Schwierigkeiten.



Achstes Kapitel:

Ein Handschuh wird zum Fehde- handschuh.



Neuntes Kapitel:

Auch der Korkzieher bereitet Schwierig- keiten.



Zehntes Kapitel:

In jedem anständigen Kriminalfall müssen Fingerabdrücke eine Rolle spielen.



Elftes Kapitel:

Die Polizei beherrscht die Situation.



Zwölftes Kapitel:

Drei Paare „kriegen sich“.

Nationaler Mißtrauensantrag gegen Dr. Braun abgelehnt.

Berlin, 19. Dezember. Der preußische Landtag lehnte am Freitag den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Dr. Braun und den Innenminister Severing, der mit der Stellungnahme der Minister zum Remarque-Film begründet war, in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 18 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab.

Kommunistenrazzaille in Duisburg.

Duisburg, 19. Dezember. Die Kommunisten veranstalteten Donnerstagabend in der Tonhalle eine Kundgebung, die aber von der Polizei aufgebrochen wurde, weil einer der Redner Verleumdungen gegen das Republikanische Gesetz begangen hatte. Als Polizeibeamte eingriffen, wurden ihnen Stühle, Gläser und andere Gegenstände entgegengeworfen. Bei den Ausschreitungen wurden 7 Personen festgenommen. Im Anschluß an die Auflösung kam es in der unteren Stadt am Marienort zu Ansammlungen, die jedoch von einem starken Polizeiaufgebot zerstreut wurden. Eine Durchsuchung der Straßenpassanten nach Waffen hatte den Erfolg, daß mehrere Stiefel, Schlagringe, Messer und auch eine Pistole gefunden wurden. Als mehrere auf einem Kraftwagen befindliche Beamte von der Menge mit Steinen beworfen wurden, gaben die Beamten einige Schreckschüsse ab. Die Tumulte dauerten einige Stunden und hatten gegen 22 Uhr ihr Ende erreicht.

Eine chinesische Anleihe zum Kampf gegen die Kommunisten.

London, 19. Dezember. Der chinesische Finanzminister Soong ist mit einer Reihe von Banken in Verbindung getreten, um eine neue 60 Millionen-Silberdollar-Anleihe zur Finanzierung des Kampfes gegen die Kommunisten aufzunehmen. Die Behörden in Nanjing schätzen, daß der Feldzug mindestens 5 Millionen Silberdollar monatlich kosten wird.

Neue Zollmauern um Chile.

Berlin, 19. Dezember. Die chilenische Regierung hat durch Verordnung vom 1. Dezember Zollerhöhungen um 35 und 20 v. H. für etwa 450 Posten vorgenommen. Die Erhöhungen treten 60 Tage nach Unterzeichnung in Kraft. Die Maßnahme wird mit der Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit und mit dem notwendigen Schutz gegen ausländischen Preisabbau begründet.

Neuer Konflikt zwischen Persien und der Türkei.

London, 19. Dezember. Zwischen der Türkei und Persien droht ein neuer Konflikt auszubrechen. Das türkische Regierungsblatt meldet, daß die persische Regierung mehrere verhafteten Kurdenführer, die bei dem Aufstand im Sommer an der persisch-türkischen Grenze festgenommen wurden, wieder freigelassen habe. Ferner werde Persien beschuldigt, die Kurdenstämme an der türkischen Grenze wieder bewaffnet zu haben. Das Blatt schreibt, daß in armenischen türkischen Kreisen die Lage als ernst angesehen werde. Die türkischen Grenztruppen seien angewiesen worden, alle Aufstandsversuche der Kurden energisch zu bekämpfen. Im Notfall sollten die Grenztruppen bei der Verfolgung die persische Grenze überschreiten.

Der Gewerkschaftskongress und die englische Arbeitslosenversicherung.

London, 18. Dezember. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat beschlossen, dem Ministerpräsidenten Macdonald durch eine Abordnung seine Kritik an der Behandlung der Arbeitslosenversicherung vorzutragen zu lassen. Die Kritik wendet sich gegen die von der Regierung vorgenommene Einsetzung einer königlichen Kommission für Untersuchung des großen Arbeitslosenversicherungsproblems und insbesondere zur Sanierung des Fonds dieser Versicherung. Die Unzufriedenheit der Gewerkschaften mit der Regierung, die hier zum Ausdruck kommt, wird vor allem durch das Zögern der Regierung genährt, das versprochene Abänderungsgesetz zu dem baldwärtigen Antigerichtsgesetz einzubringen. Man hofft jedoch, daß dies noch vor Weihnachten, also in den nächsten Tagen, geschehen wird. Ehe der genaue Text nicht vorliegt, läßt sich nicht sagen, ob die Gewerkschaften damit zufrieden sein werden oder ob die Liberalen es unterstützen werden. Die Schwierigkeiten der Regierung bestehen darin, daß das eine fast das andere ausgleiche.

Befriedigung über das neue englische Gewerkschaftsgesetz.

London, 19. Dezember. Der „Daily Herald“ äußert sich zu dem neuen englischen Gewerkschaftsgesetz. Er stellt sich Befriedigung fest, daß das von der Regierung Macdonald geplante Gesetz in fast allen Punkten für die englischen Gewerkschaften annehmbar sein werde. Unter anderem sei in dem Gesetz vorgesehen, daß Guthaben der

Ein Goldmacher vor Gericht.

Verschiedene reiche Leute um Einviertel Million Mark geprellt. — Er machte aus Kalk und Wasser Benzin, aus Blech Gold. — Zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Düsseldorf, 19. Dezember. Am Freitag begann vor dem erweiterten Schöffengericht in Düsseldorf der Prozeß gegen den „Goldmacher“ Heinz Kirschbalden aus Hilden bei Düsseldorf. Die Anklage wirft ihm fortgesetzten Betrug vor. Er hat eine Reihe prominenter Persönlichkeiten des In- und Auslandes um insgesamt etwa ¼ Millionen Mark betrogen. 19 Zeugen sind geladen. Kirschbalden, 31-jährig, gibt zu, einige Male wegen kleinerer Amtsvergehen verurteilt zu sein. Der Vorfallende weist den Angeklagten darauf hin, daß er sich verschiedentlich geweigert habe, seine Experimente vorzuführen. Ueber seine ersten Versuche bei Prof. Bartling in München erklärt der Angeklagte, daß er diese nicht habe durchführen können, weil von den anwesenden Herren die Leitung an der Apparatur unterbrochen worden sei. Das gefasste Goldchlorid im Gewicht von 26 Gramm habe er für Parallelversuche gebraucht. Seine erste Verbindung knüpfte er mit einem Herrn König und Herrn Knott, von denen er etwa 1000 Mark bekommen habe. Von dem Kölner Großkaufmann Landor habe er etwa 8000 Mark und von dem Amerikaner Harris für Versuche 80 000 Mark erhalten. Letzteres habe er sofort an Landor weitergegeben und nur 6000 Mark behalten. Landor habe mit dem Geld eine Gesellschaft gegründet. Der sehr reiche Harris habe auf Rückzahlung verzichtet und ihm übrigens eine Million Mark zugesichert.

Bzüglich eines sogenannten „Krafftstoffs“ erklärte der Angeklagte, daß dieses von Harris konstruiert worden sei und zu gelungenen Versuchen auf dem Gebiet der Stahlveredelung und der Herstellung radioaktiver Substanzen gedient habe. Er will Quecksilber in Gold umgewandelt haben. Er will auch einmal Benzin aus Kalk hergestellt haben und zwar alles mit derselben Apparatur.

Als erster Zeuge schiederte Rechtsanwalt Schäfer die Versuche der Atomzertrümmerung. Sand und Wasser wurden mit einigen Tropfen Eisenchlorid in eine Flasche gefüllt, durch den Korken ein Kupferdrähtchen in die Flasche geführt und das ganze versiegelt. Nach zwei Tagen wurden kleine Körnchen Gold festgestellt. Der Zeuge erklärte von der Richtigkeit des Experimentes noch heute überzeugt zu sein. Ein Stückchen Blech in Sand gelegt und von Kirschbalden mit einer Säure getränkt, war nach einiger Zeit in Gold umgewandelt. Der Zeuge gab an, Kirschbalden

ein Laboratorium eingerichtet und ihm etwa 15 000 Mark gegeben zu haben. Als nächster Zeuge wurde der bekannte Chemiker und Sachverständige Jos. Duisburg vernommen, der ein großes Radiumlaboratorium unterhielt. Der Angeklagte sollte ihm seine Experimente vorführen, brachte aber lediglich die Präparate ohne die Apparatur mit. Kirschbalden habe behauptet, aus Uran Radium herstellen und den natürlichen Zerfall des Urans in Radium, der 7,5 Milliarden Jahre beträgt, außerordentlich beschleunigen zu können. Der Zeuge betonte, daß es völlig ausgeschlossen sei, auf diesen natürlichen Vorgang irgend einen Einfluß auszuüben. Auch würde durch die Beschleunigung eine so große Wärmemenge erzeugt werden, daß das ganze Laboratorium verbrennen würde. Der Zeuge ist der Ansicht, daß Kirschbalden bei den Experimenten durch einen Trick Goldchlorid in die betreffenden Flaschen hineingetan habe.

Die Frau des Rechtsanwalts Schäfer, die alsdann vernommen wurde, gab an, von der Echtheit der Experimente überzeugt zu sein und sich nicht geschädigt zu fühlen. Sie habe auch einem Versuch beigewohnt, bei dem aus Kalk Benzin hergestellt wurde. Kalk und Wasser wurden in eine Flasche getan. Nach dem Experiment hatte sich der Inhalt in Benzin verwandelt.

Der Düsseldorfer Gerichtschemiker Dr. Müller, in dessen Laboratorium Kirschbalden den Versuch mit der Flasche mit Sand und Wasser gemacht hat, hat nachher bei der Untersuchung eine relativ „gewaltige Menge Gold“ gefunden. Er trug aber Bedenken, als er feststellte, daß der Korken von innen grau-blau gefärbt war, was auf eine Verührung mit Goldchlorid schließen lasse. Es sei möglich, daß Kirschbalden mit einer Morphiumspritze Goldchlorid durch den Korken in die Flasche gespritzt habe.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Kirschbalden wegen fortgesetzten Betruges und Betrugsversuches 2½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Düsseldorf, 19. Dezember. Nach etwa einstündiger Beratung verurteilte das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen fortgesetzten Betruges und Betrugsversuches zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die 6monatige Untersuchungshaft wird angerechnet.

Deutscher Kultur- u. Bildungsverein „Fortschritt“

Dienste, Sonnabend, den 20. d. M., 6.30 Uhr abends findet im Saale in der Petritauer 109 ein Vortrag statt über das Thema:

„Kaleidoskopische Bilder aus dem gesellschaftlichen Gesehen“

(weiter selbständiger Teil)

Referent: Siegmund Hays.

Eintritt frei. Gäste willkommen.

Sturmberbeerungen an der nordafrikanischen Küste.

Paris, 19. Dezember. An der Küste von Nordafrika herrscht seit Donnerstag schwerer Sturm. Die Wogen des Mittelmeeres haben eine durchschnittliche Höhe von 10 Meter und sind von einer erschreckenden Gewalt. Der orkanartige Sturm, verbunden mit starken Regenfällen, hat die Straßen in Algier in eine reißende Flut verwandelt. Der Verkehr sowohl in Algier wie in einer Reihe anderer Städte ist fast zur Unmöglichkeit geworden. An der Küste sind sämtliche Badeanstalten vom Sturm und den Wellen hinweggeführt worden. Die Reisenden so schwer in Mitleidenhaft gezogen, daß man stündlich mit ihrem Einsturz rechnet. Die an der äußeren Hafenbank verankerten Schiffe wurden zum Teil schwer beschädigt oder sanken. Die Ausfahrt aus dem Hafen ist jedem Schiff verboten. Die gesamte Küstenschiffahrt ist eingestellt. Im Inland sind weite Landstrecken vollkommen überschwemmt. Die eingeborene Bevölkerung befindet sich in höchstem Alarmzustand. Der bisher im Hafen von Algier angerichtete Schaden wird auf etwa 10 Millionen Bloch geschätzt.

Schredensstat eines Wahnsinnigen.

Paris, 19. Dezember. Ein aufsehenerregender Vorfall hält zurzeit ganz Perpignan in Atem. Ein Unteroffizier der Garnison, ein Senegalese, wurde plötzlich wahnsinnig und flüchtete mit seinem Gewehr und dem Patronengürtel aus der Zitadelle. Auf seinem Wege schoß er auf jeden Menschen, den er antraf, und tötete zunächst einen alten Mann, eine Frau und einen Senegalesen, der sich ihm entgegenstellte. Wie ein Wilder raste er dann querfeldein und erreichte schließlich das Fort, in dem das Munitionslager der Garnison untergebracht ist. Der wachhabende Unteroffizier, der sich ihm entgegenstellte, wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt. Darauf stürmte der Wahnsinnige an der Mauer des Forts entlang, jagte einer in der Nähe beschäftigten Feldarbeiterin eine Kugel in den Rücken und schloß sich dann in einem Nebengelaß des Forts ein. Militär und Gendarmerie wurde sofort alarmiert. Eine Festnahme des Unglücklichen war bis jetzt nicht möglich.

Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Felle. Herausgeber Ludwig Kul. Druck „Prasa“. Adm. Ratelauer 101

Gewerkschaft künftig nicht mehr beschlagnahmt werden können, auch würden Sympathiestreiks als zulässig bezeichnet. Die Vorlage beseitigt fast vollkommen die Bestimmungen des bisherigen Gewerkschaftsgesetzes, das anfangs 1927 von Baldwin gegen den heftigen Widerstand der Opposition durchgesetzt worden war. Dieses Gesetz war nach dem großen englischen Generalstreik des Jahres 1926 beschlossen worden und hatte den Generalstreik sowie alle politischen Streiks für ungesetzlich erklärt. Weiter war in dem Gesetz das Aufstellen von Streikposten in größerer Zahl sowie die Zugehörigkeit von Staatsbeamten zu anderen als reinen Beamtengegewerkschaften verboten worden.

USA hebt die Einwanderungsquote herab.

New York, 18. Dezember. Der Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses hat die Johnsonvorlage angenommen, durch die die jährliche Einwanderung in den nächsten zwei Jahren von 150 000 auf 75 000 herabgesetzt wird. Bei der Einwanderung sollen die nächsten Angehörigen der amerikanischen Bürger und der in den Vereinigten Staaten bereits ansässigen Ausländer bevorzugt werden. Kanadier und Mexikaner sind von der Einwanderung gänzlich ausgeschlossen.

Gegen die amerikanische Einwanderungsperre.

Washington, 19. Dezember. Bundesstaatssekretär Stimson und Bundesarbeitssekretär Doak brachten vor dem Wirtschaftsausschuß des Senats die Abneigung der Bundesregierung gegen die Gesetzentwürfe zur zweijährigen Einwanderungsunterbindung zum Ausdruck. Stimson wies auf die Bedenkllichkeit derartiger Maßnahmen hin und trat für die Erhaltung der quota-Methode ein, die einen nationalen notwendigen gerechten Ausgleich zwischen den einwandernden Volksschichten gewährleistet. Stimson schlug andererseits eine 90prozentige Kürzung der gegenwärtigen Einwanderungsquote auf unbestimmte Zeitdauer vor. Der Regierungsvorschlag, der von Doak lebhaft unterstützt wird, läuft auf die gleichmäßige Bestätigung der seit mehreren Monaten auf Anweisung der Bundesbehörden geübten 90prozentigen Einschränkung bei Erteilung der Einwanderungsbüsen hinaus und findet im Senat geringe Unterstützung.

Die Ford-Werke geschlossen.

Detroit, 19. Dezember. Sämtliche Ford-Betriebe wurden auf unbestimmte Zeit stillgelegt. Die Hauptbetriebsleitung erklärt, daß die Stilllegung durch die übliche Inventuraufnahme hervorgerufen wurde. Die Arbeitsaussetzung wird auf mindestens drei Wochen geschätzt. Die Ford-Betriebe haben während der letzten drei Monate nur drei Tage in der Woche gearbeitet.

